

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

26. Jänner 1951

Blatt 144

Sitzung des Wiener Landtages

=====

26. Jänner (Rath.Korr.) Heute vormittag trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek zu einer kurzen Geschäftssitzung zusammen. Den einzigen Gegenstand der Tagesordnung bildete das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung zur Verfolgung des Landtagsabgeordneten Peter Bucher (ÖVP) wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre.

Abg. Dkfm. Dr. Hohl unterbreitete dem Haus den Antrag des Immunitätskollegiums, diesem Ersuchen keine Folge zu geben, da es sich um eine reine Parteiangelegenheit handelt.

Der Antrag des Immunitätskollegiums auf Ablehnung des Ersuchens wurde einstimmig angenommen.

Von den Abg. Dr. Matejka und Genossen (LBl.) lag eine Anfrage an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe II, Finanzwesen, vor, die "den Kampf der Sportler Wiens, ihre Vereine und Verbände gegen den sportfeindlichen Erlaß des Bundesministeriums für Finanzen" betrifft. Die Anfrage wurde vom Vorsitzenden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Wiener Gemeinderat

=====

26. Jänner (Rath.Korr.) Im Anschluß an die Sitzung des Landtages fand eine Sitzung des Wiener Gemeinderates statt.

Der Wiener Gemeinderat gedenkt der Opfer der Schneelawinen

Bürgermeister Dr.h.c. Körner erklärte eingangs, er glaube einer Pflicht zu genügen, wenn er die Gemeinderäte auffordere, den durch die Schneelawinen so schwer getroffenen drei Bundesländern das aufrichtige Mitgefühl Wiens zu übermitteln und ihnen Hilfe zu versprechen, so weit die Stadt Wien dazu imstande sei.

Die Mitglieder des Gemeinderates, die sich bei diesen Worten des Bürgermeisters von ihren Sitzen erhoben hatten, stimmten dem Antrag des Bürgermeisters zu, den drei Landesregierungen eine in diesem Sinne gefaßte Botschaft zur Kenntnis zu bringen.

71 Punkte der Tagesordnung

Auf der Tagesordnung der heutigen Gemeinderatssitzung standen insgesamt 71 Geschäftsstücke, die zum größten Teil ohne Debatte genehmigt wurden.

Eingelangt waren Anträge von Gemeinderäten der SPÖ auf einen Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck" - dieser Antrag wird am Ende der Sitzung verlesen werden - sowie von Gemeinderäten des Linksblocks auf Erfüllung wirtschaftlicher Forderungen der ehemaligen KZler, Häftlinge und politisch Verfolgten.

Vom Linksblock lagen weiter drei Anfragen an die Stadtverwaltung vor, und zwar betreffend Umbenennung des Matzleinsdorfer Platzes in "Platz der Februar-Kämpfer", betreffend die oberflächliche Sabotage des weiteren Ausbaues der Wiener Krebsfürsorge sowie betreffend den Flächenwidmungsplan für das Gebiet am linken Donauufer zwischen Reichsbrücke, Ostbahnbrücke und Alten Donau.

Neubestellung der Lehrerdisciplinarkommission

Nach dem Lehrerdienstgesetz haben Stadtsenat und Gemeinderat in die Disciplinarkommission für Lehrer der öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen je vier Mitglieder und vier Ersatzmitglieder zu bestellen. Vom Gemeinderat wurden heute GR. Hedwig Lehnert und GR. Adolf Planek (SPÖ), GR. Prof. Eleonore Hiltl und Direktor Anton Hirschenauer (ÖVP) als Mitglieder und GR. Marie Jacobi und GR. Josef Jirava (SPÖ) sowie Bundesrat Prof. Dr. Karl Lugmayer und Prof. Dr. Karl Ryker (ÖVP) als Ersatzmitglieder bestellt.

Einheitlicher Gebührentarif auf den Wiener Friedhöfen

Stadtrat Dr. Robetschek (ÖVP) berichtete über eine Vorlage, durch welche die bereits bei der Budgetdebatte angekündigte Gebührenerhöhung und Gebührenvereinheitlichung für die städtischen Friedhöfe und Urnenhaine ausgesprochen wird. Für die 99 städtischen Friedhöfe bestanden bisher 11 verschiedene Gebührentarife, die nun vereinheitlicht werden. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr beträgt zwischen 8 und 25 Prozent. Gegenüber dem Jahre 1937 bedeutet dies lediglich das Zweieinhalb- bis Dreifache der damaligen

gen Grundpreise. Aus einem Vergleich mit anderen Städten ergebe sich, daß die Gebühren auf den Wiener Friedhöfen mit Ausnahme von Salzburg im geringsten Ausmaß erhöht wurden.

GR. Dr. Matejka (LBl.) kritisierte es, daß auch bei dieser Vereinheitlichung der Gebühren an der Differenzierung der Bevölkerung nach verschiedenen Begräbnisklassen festgehalten wurde und daß die Ungleichheit auch im Tode ihren entsprechenden Ausdruck der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung finde. Seine Fraktion sei nicht in der Lage, für die Gebührenerhöhungen zu stimmen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters angenommen.

Preis der Stadt Wien auch für Journalisten

GR. Frieda Nödl (SPÖ) referierte über die Neufassung der Statuten für die Preise der Stadt Wien auf dem Gebiete der Kunst, Wissenschaft und Volksbildung. Die bisherigen Preise für Graphik und angewandte Kunst werden getrennt, dafür wird ein eigener Preis für angewandte Kunst geschaffen, während zum Preis für Malerei die Graphik dazukommt. Neugeschaffen wird ein Preis für Publizistik. Auf Grund dieser Änderungen werden nun folgende Preise verliehen: Preis der Stadt Wien für Dichtkunst, für Publizistik, für Musik (Komposition), Bildhauerei, Malerei und Graphik, angewandte Kunst, Architektur, Volksbildung, Geisteswissenschaft und für Naturwissenschaften und Technik. Der letzte beinhaltet auch den Preis für Medizin. Eine weitere Änderung ergibt sich in der Jury, nach der statt des bisher achtgliederigen ein neungliederiges Preisrichterkollegium festgesetzt wird. Die Ausschreibung eines Wettbewerbes entfällt, weil die Preise keine Förderungs- sondern Anerkennungspreise darstellen sollen.

GR. Dr. Matejka (LBl.) nahm zu den Preisen der Stadt Wien in einer ausführlichen Rede Stellung. Er kritisiert zunächst, daß auch für das heurige Jahr der Betrag in der Höhe von je 5.000 Schilling gleich geblieben ist.

Zu den vorgeschlagenen Änderungen der Statuten bedauert er, daß die angewandte Kunst von der Graphik befreit und diese zur Malerei zugeschlagen wurde. Er erinnert daran, daß er sich schon vor Jahren bemüht habe, einen Preis zur Förderung des Wiener Feuilletons zu schaffen und begrüßt daher den Preis für Publizistik. Es wäre jedoch zweckmäßiger gewesen, diese Sparte nicht mit einem Anerkennungspreis sondern mit einem Förderungspreis zu dotieren.

Der Redner schlägt auch einen eigenen Preis für Graphik vor. Ebenso tritt er für eine Vermehrung der Preise für die Wissenschaften ein, im besonderen für einen eigenen Preis für Technik und für Medizin. Abschließend hierzu bemerkt Dr. Matejka, daß die Preise der Stadt Wien in keiner Weise den Bedürfnissen aber auch den Verpflichtungen einer Großstadt im Jahr 1951 entsprechen. Er verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß man für die Neuaufrichtung des Schmidt-Denkmal hinter dem Rathaus 70.000 Schilling bewilligt hat, nur weil es sich um die Erfüllung irgend einer hohl gewordenen Tradition handelt.

Im folgenden beschäftigt sich der Redner mit der bisherigen Praxis der Preisverleihungen. Er bemängelt, daß für 1950 keine Frau für einen Preis vorgeschlagen wurde.

Scharf wendet sich GR. Dr. Matejka dagegen, daß man 1950 dem Amerikaner Charles A. Gulick für sein Werk von "Habsburg bis Hitler" den Preis der Stadt Wien verliehen hat. Hier handelt es sich bestimmt um kein Werk, das vom Standpunkt eines ernst zu nehmenden Forschers es wirklich verdient mit einem Preis ausgezeichnet zu werden.

GR. Dr. Matejka spricht sich auch dagegen aus, Staatspreise aus dem Kulturgroschen zu dotieren, wie dies beim Bund gemacht wird. Er bittet den Wiener Gemeinderat, einen gemeinsamen Protest zu beschließen, um diesen Unfug, wie Dr. Matejka sagt, abzustellen.

Zum Abschluß seiner Ausführungen wiederholt der Redner den Wunsch das Moment der Förderung über die Anerkennung zu setzen. Man möge an die jüngeren Leute denken, die sich im Kampf befinden, nicht an die älteren, die Ausgeruhten, die Sieger. Man solle auch auf die Frauen nicht vergessen. Es gibt gerade in der Wissenschaft eine Reihe von Fällen, in denen Frauen unter ungleich schwierigeren Verhältnissen als die Männer arbeiten und große Erfolge auf-

weisen können.

Berichterstatterin GR. Frieda Nödl (SPÖ) weist in ihrem Schlußwort gegenüber den Ausführungen des GR.Dr. Matejka, der sich als Schützer der Frauen aufgespielt habe, darauf hin, daß die Partei, der sie angehöre, schon immer für die Gleichberechtigung der Frau gekämpft und sie auch durchgesetzt habe. Wir Frauen wollen aber wirkliche Gleichberechtigung. Wir wollen nicht, daß uns nur deshalb, weil wir Frauen sind, gnadenweise etwas gegeben werde. Die Preise der Stadt Wien sollen nach der Güte und Größe der Leistung verliehen werden, gleichgültig ob diese Leistung ein Mann oder eine Frau vollbracht hat.

Wenn die Gemeinde Wien durch diese Preise große Leistungen anerkennen wolle, so werde durch diese große Ehre, die dem ausgezeichneten Künstler oder Wissenschaftler zuteil werde, vor allem ein ethischer Wert gegeben, der überhaupt nicht mit Geld aufzuwiegen sei. Daß hiezu auch ein finanzieller Betrag komme, sei bei den Preisen der Stadt Wien das Nebensächliche. (Beifall bei den Sozialisten.)

Der Antrag auf Neufassung der Statuten für die Preise der Stadt Wien wird sodann angenommen.

"Wien im Blumenschmuck" - ein Wettbewerb der Bevölkerung

Schließlich verlas Schriftführerin GR. Marie Jacobi (SPÖ) einen Antrag der sozialistischen Gemeinderäte Firstenhofer und Genossen auf Schaffung eines Wettbewerbes "Wien im Blumenschmuck". In dem Antrag heißt es:

Die Behebung der Kriegsschäden an den öffentlichen Parks und Gartenanlagen der Stadt Wien ist nahezu abgeschlossen. Wien ist auf dem besten Wege, eine Gartenstadt zu werden. Diese fortschreitende Verschönerung des Stadtbildes erfreut nicht nur das Auge unserer eigenen Bevölkerung, sie erhöht auch den Reiz unserer Stadt und fördert den Fremdenverkehr, Es soll aber auch die Bevölkerung unserer Stadt angeregt werden, ihre Häuser und Wohnungen mit Blumen zu schmücken und so gleichfalls die Schönheit unseres Stadtbildes zu mehren. Ein Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck" würde solche Anregungen geben.

Die genannten Gemeinderäte stellen Antrag, die Stadt Wien möge für einen solchen Wettbewerb, an dem alle Wohnungs- und Geschäftsinhaber teilnehmen können, Geld- und Ehrenpreise stiften.

Der Antrag wurde dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

Ohne Debatte wurden u.a. folgende wichtige Geschäftsstücke angenommen:

Die Errichtung von 18 neuen Wohnhausanlagen mit insgesamt 2.165 Wohnungen als Teil des Bauprogrammes 1951. Die Kosten hierfür werden voraussichtlich mehr als 116 Millionen Schilling betragen.

Die im 3. periodischen Bericht aus 1950 enthaltenen Überschreitungen für 1949 per 43,621.000 Schilling und für 1950 per 82,946.390 Schilling.

Die Gewährung von je 200 Schilling als Ehrengabe der Stadt Wien an vier Hebammen anlässlich ihres 40jährigen Berufsjubiläums.

Die nachträglich Genehmigung der Errichtung einer "Dr. Karl Renner-Stiftung" für Verdienste um die Republik Österreich in der Höhe von 100.000 Schilling. Die Stiftung erfolgte Anfang Dezember anlässlich des 80. Geburtstages des Bundespräsidenten. Die Preise werden ab 1951 alljährlich verliehen.

Die Übernahme des privaten Pflegeheimes Bellevue in die Verwaltung der Stadt Wien.

Die Fortsetzung der Umgestaltung des Schlosses Pötzleinsdorf in ein Jugendgästehaus der Stadt Wien mit einem Kostenerfordernis von 1,6 Millionen Schilling.

Die Neuherstellung des Steges über die Fischea bei der Fattingermühle in Fischmend-Dorf.

Die Umbauarbeiten des Schwimmrechens im Wienfluß-Sperrwerk in Hadersdorf mit einem Gesamterfordernis von 400.000 Schilling.

Die Abänderung zahlreicher Flächenwidmungs- und Bebauungspläne.

Der Abschluß eines Wasserlieferungsvertrages mit den Stadtwerken Wiener Neustadt auf Wasserlieferung aus der Wöllersdorfer Brunnenanlage bis zu einer Höchstmenge von 5.000 Kubikmeter pro Tag zwecks Einleitung in den Kanal der I. Wiener Hochquellenleitung mit der Verpflichtung der Stadt Wien, eine jährliche Mindestwassermenge von 1 Million Kubikmeter abzunehmen.

Die Sitzung wurde um 12.48 Uhr geschlossen.

Entfallens Sprechstunden

=====

26. Jänner (Rath.Korr.) Am Mittwoch, dem 31. Jänner, entfallen die Sprechstunden beim städtischen Personalreferenten, Stadtrat Fritsch.

Verkehrsstörungen durch Achs- und Zahnradbruch

=====

26. Jänner (Rath.Korr.) Am Donnerstag nachmittag gab es zwei Verkehrsstörungen auf der Straßenbahn. Um 17.18 Uhr brach auf der Malinowskibrücke im ersten Teil des Überschwemmungsgebietes bei einem Triebwagen der Linie 231 die rückwärtige Achse. Der Triebwagen wurde von der Rüstwagenmannschaft Brigittenau eingezogen. Verletzt wurde niemand. Die Störung dauerte 46 Minuten.

Um 18.05 Uhr brach am Schottenring bei der Wipplingerstraße bei einem Triebwagen der Linie A ein Ankerzahnrad. Der Zug wurde von der Rüstwagenmannschaft in die Zelinkagasse gebracht und dann nach dem Bahnhof Vorgarten eingezogen. Auch diesmal wurde niemand verletzt. Die Störung dauerte 25 Minuten.

Jacob van Schuppen zum Gedenken

=====

26. Jänner (Rath.Korr.) Auf den 29. Jänner fällt der 200. Todestag des Malers Jacob van Schuppen, der als Direktor der Akademie der bildenden Künste verdienstvoll gewirkt hat.

1670 in Paris geboren, wurde er bei seinem Vater, einem berühmten Kupferstecher und Silberschmied sowie bei seinem Onkel, der zu den bedeutendsten Porträtisten seiner Zeit gehörte, ausgebildet, erhielt die Mitgliedschaft der Pariser Akademie und wirkte 8 Jahre als Hofmaler Leopold I. in Luneville. In der Folge kam er nach Wien, wo er zum Hof- und Kammermaler ernannt wurde. 1726 übernahm er die Leitung der Akademie der bildenden Künste, die seinen großen theoretischen und praktischen Kenntnissen viel verdankt. Während seiner Amtszeit gewann er auf die innere und äußere Ausgestaltung des ihm anvertrauten Instituts entscheidenden Einfluß. Er sorgte für das erforderliche Personal, errichtete eine Bildhauerschule sowie eine Fachbibliothek und förderte durch verschiedene organisatorische Maßnahmen die Entwicklung des Wiener Kunstlebens in tatkräftiger Weise. In seinem eigenen künstlerischen Schaffen übte er fast ausschließlich die Porträtmalerei aus, deren repräsentative Auffassung im Stile Rigauds er nach Wien verpflanzte, erwies sich aber auch als sehr begabter Zeichner.

Seine Werke, von denen nur eine verhältnismäßig kleine Zahl bekannt ist, befinden sich in Frankreich, Holland, Deutschland, Italien, im Belvedere, in der Galerie Liechtenstein, in der Akademie der bildenden Künste, in der Albertina, im Historischen Museum sowie in verschiedenen Wiener Kirchen.

151

Keine Beeinträchtigung der Wiener Strom- und Gasversorgung
=====

26. Jänner (Rath.Korr.) Auf verschiedene Anfragen aus den Kreisen der Bevölkerung über die Strom- und Gasversorgung in Wien hat sich die "Rathaus-Korrespondenz" an den Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen gewandt. Wie uns Stadtrat Dkfm. Nathschläger mitteilte, kann man im großen und ganzen feststellen, daß allein auf Grund der derzeitigen Vorräte sowohl bei den E-Werken als auch bei den Gaswerken eine Beeinträchtigung der Stromversorgung bzw. der Gasversorgung in Wien nicht befürchtet werden braucht. Die Vorräte bei den E-Werken sind so groß, daß die Stromversorgung mindestens durch zwei Monate gewährleistet wäre, auch wenn aus dem In- und Ausland keine weiteren Zuschübe einlangten. Die Gaswerke könnten mit ihren Vorräten ungefähr einen Monat ohne Zufuhren auskommen.

Außerdem sind die E-Werke in der Lage, auch ohne Lieferungen aus polnischen Kohlenrevieren mit einheimischer Braunkohle und Erdgas den Betrieb in vollem Umfang aufrechtzuerhalten. Die Gaswerke sind allerdings, mit Ausnahme des Steinkohlenbergwerkes Grünbach, das aber nicht ausreicht, auf das Einlangen von weiteren Lieferungen tschechischer und Ruhrkohle nach wie vor angewiesen. Im Jänner sollen 29.000 Tonnen tschechische Kohle und 27.000 Tonnen Ruhrkohle einlangen. Bis einschließlich 24. Jänner sind davon 19.000 Tonnen tschechische und 13.500 Tonnen Ruhrkohle eingetroffen. Die Zufuhren von der Ruhrkohle sind also im Rückstand, doch soll dies durch verstärkte Lieferungen in den nächsten Tagen ausgeglichen werden. Auf Grund dieser Situation besteht also kein Anlaß zu Befürchtungen. Erfahrungsgemäß treten immer wieder Schwankungen in der Anlieferung auf, die im Winter natürlich fühlbarer als in einer anderen Jahreszeit sind. Bei der begründeten Annahme, daß die Kohlenlieferungen aus dem Ausland ungefähr wie bisher weiterlaufen werden - eine Ausnahme dürfte in nächster Zeit nur die polnische Kohle machen -, ist also eine Beeinträchtigung der Strom- und Gasversorgung in Wien nicht zu erwarten.

Begräbnis des Direktors der Wiener Symphoniker Felix Apold
 =====

26. Jänner (Rath.Korr.) Dienstag fand auf dem Friedhof Neustift am Walde das Begräbnis des nach längerem Leiden verstorbenen Direktors des Vereines Wiener Symphoniker, Felix Apold, statt. An diesem nahmen in Vertretung der Stadt Wien der Amtsführende Stadtrat für Kultur und Volksbildung, Mandl, teil. Sektionsrat Dr. Lafite vom Bundesministerium für Unterricht würdigte namens des Vereines Wiener Symphoniker die grossen Verdienste des Verstorbenen um das Wiener Musikleben durch seine massgebende Mitarbeit an der Erhaltung der Wiener Symphoniker. Namens des Orchesters nahm der Betriebsrat Otto Pruscha von dem Verstorbenen Abschied.

Lebensmittelaufruf für Wien
 =====

26. Jänner (Rath.Korr.) Das Marktamt - Sonderreferat Landesernährungsamt - gibt bekannt:

Für die 76. Versorgungsperiode (29.1. bis 25.2.1951) werden aufgerufen:

Zucker: Auf Abschnitt 3 und 4 aller Lebensmittelkarten je 640 g, auf Abschnitt 2 der Mutterkarte 400 g. **Margarine oder Kunstspeisefett:** Auf die Abschnitte 10 und 11 aller Lebensmittelkarten je 150 g zum Preise von S 8.50 bzw. S 8.- pro kg. Ein Anspruch auf eine bestimmte Warenart besteht nicht. **ERP-Schmalz?** Auf Abschnitt 12 aller Lebensmittelkarten 350 g zum Preise von S 10.- pro kg.

Die Bezugsabschnitte für Zucker, Margarine und Kunstspeisefett sind abzutrennen und zu verrechnen, die Bezugsabschnitte für ERP-Schmalz abzutrennen und von den Geschäftsleuten für Kontrollzwecke aufzubewahren.

Wiener Städtische Versicherung spendet 30.000 Schilling
 =====

für die Lawinenopfer
 =====

26. Jänner (Rath.Korr.) Die Wiener Städtische Versicherung hat für die Opfer der Lawinenkatastrophe 30.000 Schilling gespendet. Sie hat je 10.000 Schilling an die Landeshauptleute von Tirol, Salzburg und Kärnten überwiesen. In den Begleitschreiben wurde die tiefe Anteilnahme des Institutes zum Ausdruck gebracht. Die Spende erfolgte auch unter Hinweis darauf, dass es in Österreich keine Versicherung gegen derartige Schäden gibt.